Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung

Jedes
Alter
zählt
Die Demografiestrategie
der Bundesregierung

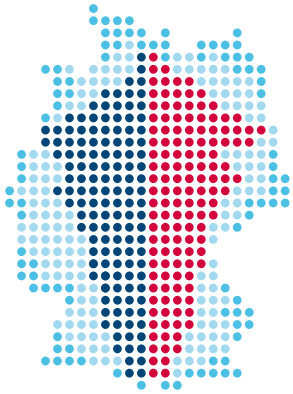


Zweiter Demografiedialog

Regionen stärken – Disparitäten verringern

29. Oktober 2019 | Stendal

„Wie wollen wir wohnen? Möglichkeiten im Landkreis Stendal“



Jedes Alter zählt

Die Demografiestrategie der Bundesregierung

VORWORT



Bettina Auerbach
Unterabteilungsleiterin Gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Voraussetzung für ein gutes Leben in Deutschland, für gesellschaftliche Teilhabe und die Verwirklichung von Lebenschancen, ist eine dauerhaft gute und bezahlbare Wohnsituation. Sie ist umso wichtiger in Regionen wie dem Landkreis Stendal, die in den vergangenen Jahren massive Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen hatten. Inzwischen gibt es positive Tendenzen; Menschen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen – sei es, weil sie selbst ihren Lebensabend dort verbringen wollen, oder weil sie sich als Familie um ihre älter werdenden Angehörigen kümmern möchten. Hier gilt es, die Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und weiter zu steigern.

Wie schafft man bezahlbaren Wohnraum für Rückkehrer? Welche Rolle spielen Denkmalschutz und Barrierefreiheit bei der Sanierung von Wohnhäusern? Warum finden junge Menschen und Fachwerk- bzw. Altbauten nur selten zueinander? Wie und durch wen kann eine Altstadt erfolgreich revitalisiert werden? Und schließlich: Was kann CoWorking in dem Zusammenhang bewirken?

Über diese und viele andere Aspekte des Stadt- und Dorfumbaus im demografischen Wandel haben Sie lebhaft diskutiert. Dabei sind Akteure miteinander ins Gespräch gekommen, deren Wege sich sonst vielleicht nie gekreuzt hätten – solche aus der Region, aber auch Projektvertreter und -vertreterinnen aus anderen Ecken Deutschlands, wo die Situation zwar nicht identisch, aber doch vergleichbar ist. Ganz im Sinne des Demografiedialogs, der nun schon das zweite Mal stattfand, mit dem Ziel, Akteuren vor Ort eine Plattform zu geben, um ihre Erfahrungen und ihr Wissen unmittelbar auszutauschen.

Wir hoffen, dass Sie viel mitnehmen konnten. Die wichtigsten Ergebnisse des Dialogs finden Sie zusammengefasst in dieser Broschüre.

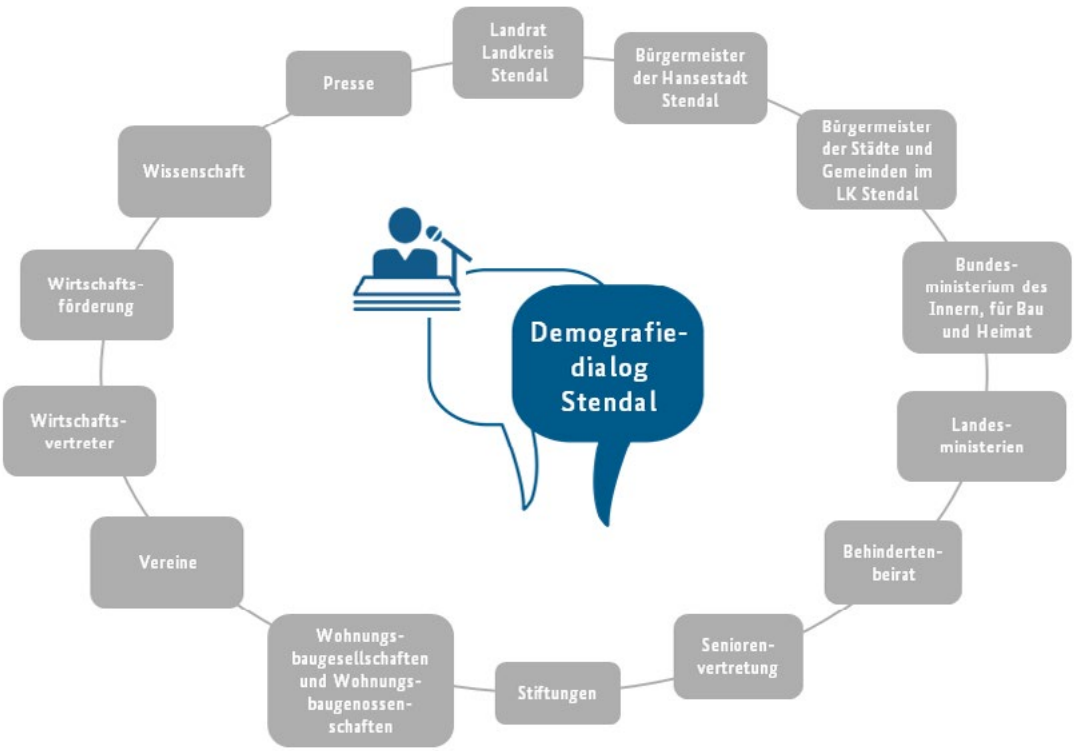
1. HINTERGRUND UND ZIEL DER VERANSTALTUNG

Der zweite Demografiedialog des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat fand am 29. Oktober 2019 in der Hansestadt Stendal statt. Im Zentrum standen die Themen Stadt- und Dorfumbau.

Dazu waren circa 60 Teilnehmende zusammengekommen, darunter Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, des Landes, des Landkreises sowie zahlreicher Städte und Gemeinden im Landkreis Stendal. Zudem waren Wohnungsunternehmen, Vereine und Initiativen vertreten, die die Belebung von Städten und Dörfern aktiv unterstützen, darunter auch Gäste aus Hann. Münden, Hof und Wittenberge sowie Cham, dem Ort, an dem im Dezember 2018 der erste Demografiedialog stattgefunden hatte.

Nachfolgend werden wesentliche Ergebnisse der Veranstaltung unter Verweis auf ergänzende themenrelevante Quellen kurz dargestellt.

Ziel des Dialogs war es, die Expertinnen und Experten in einem diskursiven Format in einen regen Austausch einzubinden, durch eine Reihe von Impulsvorträgen unterschiedliche Perspektiven auf Herausforderungen zu werfen und den Teilnehmenden Impulse für ihre Arbeit mit auf den Weg zu geben.



Teilnehmerkreis Demografiedialog Stendal

2. IMPULSBEITRÄGE

In seiner Begrüßung betonte Herr Carsten Wulfänger, Landrat des Landkreises Stendal, dass der Landkreis nach außen tragen müsse, was er zu bieten habe. Das Leben auf dem Land sei ein Trend, den es durch die Stärkung der kleinen oßen Orte zu unterstützen gelte. Insgesamt müsse es gelingen, dass sich die Menschen im Landkreis wohlfühlen.



Quelle: © Stendal Magazin - Janowski

Frau **Friederike Dahns, Referatsleiterin Demografie im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat,** stellte in ihrer Begrüßung die Initiative der Demografiedialoge des Ministeriums vor. Sie erläuterte, dass die Veranstaltungen dazu dienen, die Demografiestrategie der Bundesregierung „Jedes Alter zählt“ mit Leben zu füllen und die Zusammenarbeit mit allen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren fortzusetzen.



Quelle: © Stendal Magazin - Janowski

DER LANDKREIS STENDAL IN ZAHLEN

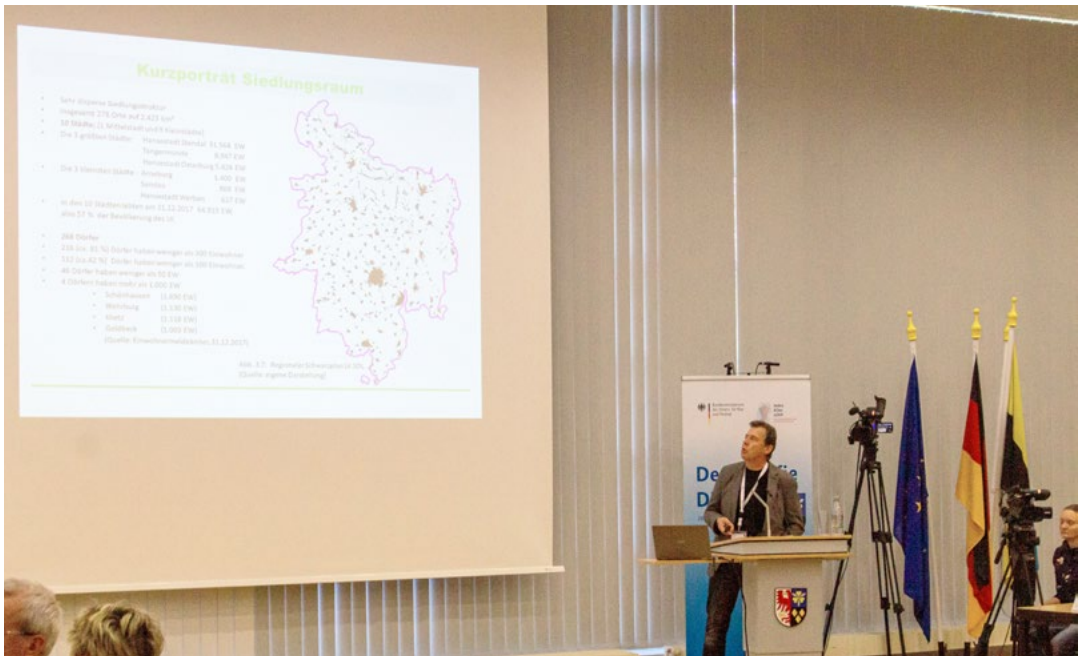
Der Landkreis Stendal ist ein sehr dünn besiedelter ländlicher Kreis in Sachsen-Anhalt. Die Bevölkerungsdichte beträgt 47 Einwohner pro Quadratkilometer (bundesweit: 232). Insgesamt gibt es 10 Städte und 268 Dörfer. Nur 4 Dörfer haben mehr als 1.000 Einwohner. Von den insgesamt 10 Städten ist mit Abstand Stendal am größten. Mit etwa 40.000 Menschen leben mehr als ein Drittel aller Einwohner des Landkreises dort.

Herr **Dirk Michaelis, Amtsleiter Bauordnungsamt des Landkreises Stendal,** veranschaulichte in seinem Impulsbeitrag mit dem Titel „Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Siedlungsraum“ anhand von Karten und Statistiken die kleinteilige Siedlungsstruktur des Landkreises mit insgesamt zehn Städten und 268 Dörfern. Er verdeutlichte, dass der Landkreis Stendal seit 1990 rund 28 Prozent seiner Einwohner verloren hat.

Der Prozess des Bevölkerungsrückgangs ist damit aber nicht abgeschlossen. Vor allem aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, das heißt dem Verhältnis der Menschen, die sterben und geboren werden, wird der Landkreis in den kommenden Jahren weiterhin Einwohner verlieren. Damit besteht auch in Zukunft ein sehr hoher Handlungsbedarf bspw. bei der Anpassung von sozialen, technischen und kulturellen Infrastrukturen. Lösungen müssen im „Spannungsdreieck“ zwischen gesellschaftlichen Zielen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren und den Leerstandsobjekten gefunden werden.

Herr Michaelis gab mit mehreren Thesen Anregung für die Diskussion, darunter die Feststellung, dass der Kleinstadtumbau ungelöst sei und isolierte Dorfumbauprojekte sehr aufwendig, aber wenig inhaltsreich seien. Für einen nachhaltigen Siedlungsumbau brauche es eine Bündelung der Ziele und eine regional gedachte Handlungskulisse, so Herr Michaelis.

Quelle: © Stendal Magazin - Janowski



STADT- UND DORFUMBAU

- ***Stadtumbau*** Ost – seit 2020 überwiegend erfolgreich in Mittelstädten- Folgevortrag

- Anwendungsfall ***Kleinstadtumbau*** - seit 2010 auch im Fokus der Städtebauförderung
  These: Kleinstadtumbau im Regelfall noch ein ungelöstes Problem - ***oder?***
- im LK sind alle 9 (finanzschwachen) Kleinstädte mögliche Bewerber
- Umbau sehr aufwendig - statt einige Großvermieter viele private Einzelpersonen
- Kleinstädte spielen im strukturschwachen ländlichen Raum eine sehr wichtige Rolle
- **These:** Stabilisierung der Kleinstädte ist zwingendes Handlungserfordernis - ***oder?***

- Anwendungsfall ***Dorfumbau***
- wenig dazu bekannt - bisher 1 X im LK angewendet (Mehrfamilienhäuser in Iden)
- im LK alle (finanzschwachen) Dörfer betroffen, also 268 einzelne Dorfumbauförderungen
- ist das DIE!!! Lösung für den ländlichen Raum?
- **These:** isolierte Dorfumbauprojekte = viel Aufwand für wenig Inhalt? - ***oder?***

- Anwendungsfall ***Siedlungsumbau***
- schon mehrfach für periphere ländliche Regionen von Experten empfohlen
- Vision - oder greifbare Nähe? (Stichwort: Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse)
- **These:** Anpassungsprozess kann nur auf regionaler Ebene mit einem ganzheitlichen Handlungsansatz, gebündelten Zielenund auf der Basis ***einer*** gebündelten Förderkulisse zielführend gestaltet werden - ***oder?***

Folie aus dem Vortrag von Herrn Michaelis

Quelle: © Stendal Magazin - Janowski





Quelle: © Stendal Magazin - Janowski

Herr **Klaus Schmotz, Oberbürgermeister der Hansestadt Stendal,** zeigte in seinem Vortrag „Hansestadt Stendal – ein gelungenes Beispiel für den Stadtumbau“ auf, dass die Hansestadt einen erheblichen Strukturwandel bewältigt hat.

Nach dem Fall der Mauer gingen etwa fünfzehntausend Arbeitsplätze und ein Drittel der Einwohner verloren. Im Rahmen des Stadtumbaus gelang es, die Altstadt Stendals, die Anfang der 1990er Jahre eine „Ruinenlandschaft“ gewesen sei, konsequent zu erneuern.

Mit dem Rückbau von circa 6.000 Wohnungen reagierte die Stadt auf den Leerstand in den Beständen des industriellen Wohnungsbaus. Die Siedlung Süd wurde dabei nahezu flächenhaft abgerissen. In der Wohnsiedlung Stadtsee stand neben dem Rückbau einzelner Gebäude die Erneuerung im Vordergrund. Unter anderem durch den Bau eines Schulkomplexes und durch viele generationsgerechte Anpassungen wurde der Umbau unterstützt. Allerdings verwies Herr Schmotz auch auf bestehende und zukünftige Herausforderungen und betonte, dass der Stadtumbau noch nicht abgeschlossen sei.

Herr **Sebastian Stoll, 2. Beigeordneter des Landkreises Stendal,** stellte das Leerstandskataster des Landkreises vor und verwies auf die Problematik von Brachen im ländlichen Raum sowie den Leerstand von Althöfen und oft baukulturell wertvollen Altbauten.

Zu über 80 Prozent befinden sich die Leerstandsobjekte ausschließlich oder teilweise in der Hand privater Eigentümer. Vielfach seien diese nicht greifbar, handlungsfähig oder -willig, sich um ihr Eigentum zu kümmern.

Nach seiner Einschätzung wird sich die Leerstandsquote bei Wohnimmobilien bis 2030 gegenüber dem Jahr 2011 nahezu verdoppeln, sofern nicht weitere Maßnahmen zur Leerstandsreduzierung erfolgen.



Quelle: © Stendal Magazin - Janowski

Die Herausforderungen des Leerstands im historischen Gebäudebestand stellte auch F**rau Lisa Weigelt, Wirtschafsförderung der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark),** in den Mittelpunkt ihrer Präsentation. Sie illustrierte anhand eines „fotografischen Spaziergangs“, wie viele unterschiedliche Gebäude in Seehausen von Sanierungsstau und Leerstand betroffen sind. Sie zeigte aber auch ein erfolgreiches Beispiel der Wiederbelebung einer Gewerbebrache, indem das Deutsche Rote Kreuz dort einen Standort für betreutes Wohnen errichtet.

Frau Weigelt warb mit Blick auf die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen einer kleinen Stadt für eine bessere Förderung und strukturelle Unterstützung kleiner Städte und Gemeinden wie Seehausen.

Herr **Daniel Jirczik, Geschäftsführer der Stendaler Wohnungsbaugesellschaft mbH**, berichtete, dass sein Unternehmen nicht allein mit Abriss auf anfallende Leerstände reagiert habe. Vielmehr wurde – in Reaktion auf den demografischen Wandel – ein strategischer Ansatz für das Älterwerden im Quartier entwickelt.

Dafür sei u.a. das Alter der Bewohnerinnen und Bewohner in den Beständen ausgewertet worden. Daraufhin seien Gebiete definiert worden, in denen das Unternehmen lediglich verhalten investiert habe und andere, die umfangreich aufgewertet wurden. Zu letzteren gehört ein nahe dem Tiergarten gelegener Teil der Wohnsiedlung Stadtsee. Für dieses Quartier wurde der Name „Tiergartenviertel“ geprägt.

Ein besonderes Augenmerk wurde hier auf die Versorgung der Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren gelegt. Für sie gibt es Seniorenwohnhäuser mit einer Sozialstation, Hausmeister- und Concierge-Dienstleistungen.

Herr Jirczik unterstrich, dass die Kombination von Rückbau und Investitionen in die Bestände für die

Wohnungsunternehmen im Stadtumbau erfolgreich sei. Dies zeige sich u.a. daran, dass vermehrt Menschen aus dem Landkreis nach Stendal ziehen.

Frau **Dr. Alexandra Schmied, Senior Projekt Managerin der Bertelsmann Stiftung**, berichtete über Perspektiven für den Zuzug und die Nutzung von leerstehenden Gebäuden durch die Einrichtung von Coworking-Spaces.

Sie erläuterte, dass Coworking gegen Landflucht wirkt, zur Reduzierung von Pendlerzahlen, zum Teilen von Ressourcen und einer besseren Vernetzung beiträgt. Das Spektrum an Räumen, die für diese Art von Arbeiten bereits genutzt werden, ist groß.

Das CoWorkLand ist die Gemeinschaft für Coworking-Spaces im ländlichen Raum. In der Stadt Wittenberge in der Prignitz im Land Brandenburg wurde in einer alten Ölmühle für ein halbes Jahr ein Coworking-Space als Zwischennutzung eingerichtet.

Frau Annegret Spillner von der Bertelsmann Stiftung stellte das Projekt vor, das, vorerst bis Ende 2019 befristet, 20 Arbeitsplätze bietet. Junge Leute aus Hamburg und Berlin, aber auch aus der unmittelbaren Umgebung, testen hier auf Zeit und ohne Kosten, wie ihnen das Leben in Wittenberge und das Arbeiten in einem Coworking-Space gefällt. Nach den ersten Monaten des gemeinsamen Arbeitens gibt es bereits jetzt Überlegungen und Bemühungen, das Projekt in Wittenberge zu verstetigen.

3. ERGEBNISSE UND DISKUSSION

Die Ergebnisse der Diskussionen wurden anhand der Themenbereiche Herausforderungen, Instrumente und Lösungsansätze strukturiert. Am Vormittag lag der Schwerpunkt auf der Diskussion der Herausforderungen, am Nachmittag wurden in Kleingruppen Schlaglichter auf einzelne Instrumente und neue Nutzungsmöglichkeiten geworfen. Im Folgenden werden die Ergebnisse anhand dieser Struktur zusammengefasst.

3.1 Herausforderungen

Zu den Oberthemen, die in den Impulsen und Diskussionsbeiträgen als Herausforderungen benannt wurden, gehörten der Einwohnerrückgang, die Alterung der Bevölkerung, der Arbeitsmarkt, die sinkende Nachfrage sowie Defizite in der Anbindung bzw. Frequenz von öffentlichen Nah- und Fernverkehrsverbindungen

Einen besonderen Stellenwert nahm die Diskussion der Leerstandsproblematik ein. Es wurde deutlich, dass leerstehende Althöfe sowie Altbauten in den Stadtkernen im Landkreis Stendal sehr häufig ein Problem darstellen.

Für die Verwaltung ist es oft schwierig, die Eigentümer der vom Verfall bedrohten Gebäude ausfindig zu machen und zum Handeln zu bewegen. Hier sehen sich diverse Städte und Gemeinden überfordert. Gleichzeitig stellen die häufig stadtbildprägenden Gebäude einen Missstand dar, der die Attraktivität ganzer Ortschaften in Mitleidenschaft zieht. Damit verbunden wird die Schaffung eines Umfeldes, in dem sich die Bewohnerinnen und Bewohner wohlfühlen, ebenfalls zur Herausforderung..

Investoren für die vom Sanierungsstau betroffenen Altbaubestände zu finden, wurde von einigen Teilnehmenden als deshalb besonders schwierig bezeichnet, weil die Kosten für die Sanierungen hoch seien, insbesondere wenn es sich um denkmalgeschützte Gebäude handelt.

Junge Leute für die Sanierung von Bestandsgebäuden zu gewinnen, sei wegen der hohen Kosten und fehlender Umbauvorstellungen eine Herausforderung. So bevorzugen junge Familien oft eher ein neugebautes Einfamilienhaus und entschieden sich nicht für den Bestand. Gleichwohl sei die Schonung des Außenbereichs anzustreben und eine Neuversieglung von Flächen zu vermeiden. Bezogen auf die Alterung der Bevölkerung wurde die Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in Wohnungsbeständen als Herausforderung benannt. Die in den 1990er Jahren sanierten Wege mit wiederhergestelltem, historischem Kopfsteinpflaster sind für mobilitätseingeschränkte Menschen teilweise schwierig zu bewältigen. Daher braucht es Lösungen, die im Einklang mit dem Denkmalschutz eine verbesserte Nutzbarkeit ermöglichen.

IDEE AUS DER DISKUSSION

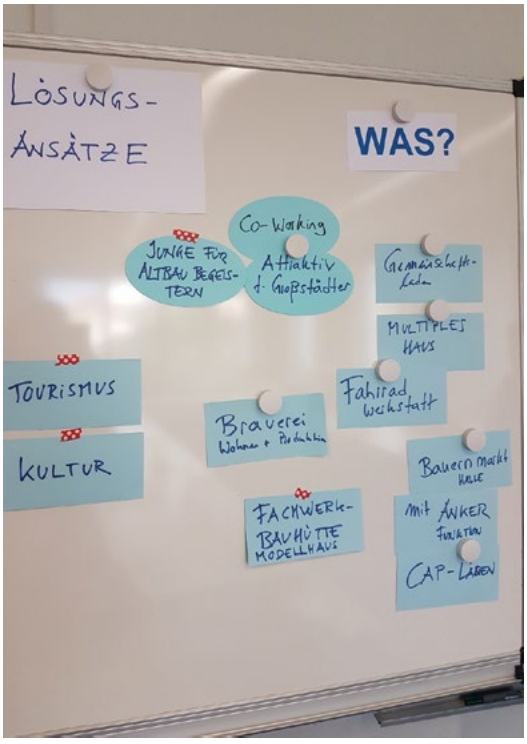
Jugendhaus zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort: Denkbar wäre, dass der Landkreis ein Fachwerkhaus zur Verfügung stellt, das gemeinsam mit Freiwilligen (Architekten, die Jugendlichen selbst) wiederhergerichtet wird.

Die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik war ein weiteres Handlungsfeld, in dem erhebliche Herausforderungen gesehen wurden. Dies betrifft u.a. strukturpolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder, bspw. zur Ansiedlung von Außenstellen von Behörden, zur Taktung der Bahnverbindungen und zum Ausbau der digitalen Infrastruktur.

3.2 Instrumente und Lösungsansätze

In der Diskussion der Instrumente und Lösungsansätze wurden – wie im Dialog über Herausforderungen – sowohl übergeordnete Ansätze als auch Details erörtert. Dabei wurde auch thematisiert, wer die Ansätze konkret wie umsetzen könnte.

Die Teilnehmenden plädierten dafür, dass Städte, Gemeinden und der Landkreis Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel und seinen Herausforderungen entwickeln und dabei eine enge Zusammenarbeit anstreben. Als ein Lösungsansatz wurde proklamiert, Stadt- und Dorfumbau stärker zusammenzudenken und eine gebündelte Förderkulisse anzustreben. Dies setzt voraus, dass die interkommunale Kooperation und damit verbundene gemeinsame Ziel- und Prioritätensetzungen weiter gestärkt werden.



BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IM LANDKREIS STENDAL

Die Bevölkerung im Landkreis Stendal ist zwischen 1990 und 2018 kontinuierlich von 156.000 auf 112.000 zurückgegangen, das heißt, um 28 Prozent geschrumpft. Der Anteil der unter 20-Jährigen ist seit 1995 von 25 auf 16 Prozent gesunken. Hingegen stieg der Anteil der über 65-Jährigen von 14 auf 25 Prozent.

Im Umgang mit Leerstand wurde vorgeschlagen, den Rückbau dauerhaft nicht benötigter Gebäude und die Modernisierung bzw. die Sicherung, Sanierung und Neunutzung weiterhin zu kombinieren. Aus dem Landkreis Hof wurde von sehr guten Erfahrungen damit berichtet, dass ein Altbaumanager interessierte Investorinnen und Investoren berät, um ihnen die „Angst vor dem Altbau“ zu nehmen. Das betrifft beispielsweise praktische Hinweise zu den Sanierungs- und Umbaumöglichkeiten des Objektes und zu Kosten sowie Fördermöglichkeiten der Instandsetzung und Modernisierung. Als Grundlage für den Umgang mit Leerstand wurde die Erfassung in einem Leerstandskataster gesehen, wie sie für den Landkreis Stendal aber auch den Landkreis Hof bereits aufgebaut wurden. Vorgeschlagen wurde eine flächendeckende Überprüfung der Denkmalliste aus den 1990er Jahren, damit eine aktuelle und realistische Basis für die Bewertung von Altbauten vorliege.

Die Weiterentwicklung rechtlicher Regelungen wurde als wichtiges Instrument gesehen, um den Durchgriff auf herrenlose Grundstücke zügiger zu erlauben, bspw. über eine neue Fristenregelung. Für die Ansprache schwieriger privater Eigentümer und Erbengemeinschaften wurde empfohlen, Beratungsangebote einzurichten. Es könnten Ansprechpartner auf Landkreisebene als „Demografielotsen“ etabliert werden. Sie könnten für die Verwaltungen kleinerer Städte und Gemeinden beispielsweise Beratung in Bezug auf die oft sehr komplexe Förderlandschaft und die Akquise von Fördermitteln anbieten.

Fördermittel wurden insgesamt als bedeutendes Instrument eingeschätzt. Der Stadtumbau, der in vielen Städten in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Anpassung an den demografischen Wandel geleistet habe, müsse verstetigt werden. Zudem müsse ein Programm „Umbau Land“ für den ländlichen Kontext nutzbar werden. An Bund und Länder ging der Appell, eine möglichst übersichtliche und verständliche Förderstruktur zu schaffen, die so konzipiert ist, dass jeweilig die Entscheidung über die Förderung vor Ort getroffen werden kann. Wichtig sei zudem, dass Kommunen in Haushaltsnotlage in die Lage versetzt werden, dennoch Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen zu können. Ein Ansatzpunkt könnte sein, dass der kommunale Mitleistungsanteil vollständig von „Dritten“ übernommen wird.

BEST PRACTICE

Auf ein Förderprojekt der besonderen Art wies die Vertreterin des Landkreises Cham hin. Die Förderung durch den bayerischen „Marktplatz der Generationen" ist nicht finanzieller Art, sondern eine kompetente Beratung. Der sog. Kümmerer hat u.a. die Übersicht über demografierelevante Fördertöpfe.

In Bezug auf Lösungsansätze für neue Nutzungen wurde ein generelles Potenzial von Tourismus, Kultur, Gewerbe und Produktion sowie neuen Wohn- und Arbeitsformen konstatiert. Unter letzteren könnte die Einrichtung von Coworking Räumen einen Beitrag leisten, wie sie aktuell u.a. in Wittenberge erprobt wird. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass junge Kreative neue Ideen in ländliche Regionen tragen und diese Orte selbst für einen Zuzug entdecken. Während zu den langfristigen Erfolgsaussichten dieses Modells bislang kaum Erfahrungen vorliegen, wurde in der Diskussion deutlich, dass bereits in vielen Orten mit „Multi-Läden“, Dorfläden und weiteren Einrichtungen experimentiert wird, in denen mehrere Dienstleistungen kombiniert werden. Teilweise handelt es sich um temporäre Nutzungen. Als besonders vielversprechend wurden Ansätze gewertet, die mit einer Ankerfunktion einhergehen.

COWORKER als Chance für alle Seiten.

Im Dorf Rohrlack bei Neuruppin in Brandenburg wurde bspw. ein CAP-Laden mit Behindertenwerkstatt erfolgreich eingerichtet. Zudem berichteten Teilnehmende von Erfolgsgeschichten aus den Bereichen Kräuteranbau und Craftbier-Brauerei, letztere im Landkreis Stendal. Eine besondere Rolle bei der Entwicklung und Umsetzung von Nutzungsideen und der Belebung von Leerstand spielen Vereine, Bürgerstiftungen und Bürgergenossenschaften. In Hann. Münden hat eine Bürgergenossenschaft bereits das dritte historische Fachwerkhaus in der Altstadt gekauft und saniert dieses. Generell ist zu beachten, dass die Maßnahmen zur Größenordnung der Kommune bzw. Bevölkerung passen müssen. Daher sind es vielfach gerade auch die kleinen Ideen, deren Umsetzung für lebendige Dorfstrukturen sorgt, ohne diese zu überfordern.

Eine Vernetzung zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen aber auch Einzelunternehmern und aktiven Schlüsselpersonen wurde in der Diskussion als ein wichtiges Instrument für den Wandel identifiziert. Um eine Haltung für bürgerschaftliches und gemeinwohlorientiertes Engagement zu schaffen, wurden die Bildung und Wertevermittlung an Kinder und Jugendliche als besonders wichtig eingestuft. Die Identifikation mit dem Ort sei eine bedeutende Grundlage für das Engagement.

Zur Nutzung von Fördermöglichkeiten wurde auch in Bezug auf die neue Nutzung von Gebäuden empfohlen, dass der Landkreis einen „Dorfmanager“ – ähnlich dem sogenannten „Kümmerer“ im bayerischen Programm „Marktplatz der Generationen“ – als neues Instrument für die Vernetzung im Landkreis etabliert.

In der Zusammenschau der Möglichkeiten wurde wiederum deutlich, dass auch die erfolgreiche neue Nutzung leerstehender Gebäude von Weichenstellungen in der Strukturpolitik von Bund und Ländern abhängt. Für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge wurden Bund und Land deshalb besonders für die Umsetzung eines Ausbaus des Nahverkehrs und des Breitbandes als Schlüsselakteure identifiziert.





Quelle: © Stendal Magazin - Janowski

DAS DEMOGRAFIEPORTAL DES BUNDES UND DER LÄNDER

Am Rande der Veranstaltung konnten die Teilnehmenden am Stand des Demografieportals des Bundes und der Länder ein zentrales Element der Demografiestrategie der Bundesregierung kennenlernen. Besonders die Gute-Praxis-Datenbank (www.demografie-portal.de/gutepraxis) mit fast 300 gelungenen Projektbeispielen stieß auf großes Interesse. Neben weiteren Informationsangeboten bietet die Internetplattform auch Möglichkeiten zur Vernetzung von Akteuren untereinander.

4. AUSBLICK

In seiner Abschlussrede lobte Herr Wulfänger, Landrat des Landkreises Stendal, dass es im Rahmen der Vorbereitung des Demografiedialogs gelungen sei, einen guten Kontakt zur Abteilung Heimat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat aufzubauen. Dies sei für den Landkreis sehr wichtig. Er strebe an, weiter im Gespräch zu bleiben.

Herr Wulfänger bekräftigte, dass der Landkreis konsequent an Lösungen für die Herausforderungen des demografischen Wandels arbeiten werde. Als erste Ergebnisse des Dialogs stellte er in Aussicht, eine Stelle zur Fördermittelberatung für Städte und Gemeinden im Landkreis einzurichten, ähnlich dem Beratungsangebot, das es bereits für Unternehmer gebe. Darüber hinaus plane er, eine Anlaufstelle für die Beratung von Rückkehrern und Rückkehrerinnen einzurichten.

Frau Dahns, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, verwies in ihren Schlussworten darauf, dass die Dramatik der Bevölkerungsentwicklung, wie sie Stendal in den 1990er und 2000er Jahren durchlaufen habe, überwunden sei. Sie beglückwünschte den Landkreis sowie die Städte und Gemeinden zu ihren Aktivitäten im Umgang mit dem demografischen Wandel. Sie unterstütze die Initiative von Herrn Wulfänger, eine Stelle für Fördermittelberatung kleinerer Städte und Gemeinden im Landkreis einzurichten und werde prüfen, inwieweit entsprechende „Demografielotsen“ auch über Programme des Bundes mitfinanziert werden könnten.

Abschließend gab sie bekannt, dass die Reihe der Demografiedialoge vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat im kommenden Jahr fortgeführt werde.



Aufgestellt: Prof. Dr. Heike Liebmann, B.B.S.M. mbH und Dr. Anja Nelle, IfS
Quelle: © Stendal Magazin - Janowski

Mehr zum demografischen Wandel und der Demografiepolitik des Bundes und der Länder auf
www.demografie-portal.de

DEMOGRAFIE PORTAL
des Bundes und der Länder

Jedes Alter zählt
Die Demografiestrategie der Bundesregierung

„STÄDTEBAUFÖRDERUNG HILFT BEI DER SCHAFFUNG GLEICHWERTIGER LEBENSVERHÄLTNISSE“



Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Quelle: © Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Mit dem Demografieportal hat Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, kurz vor dem Demografiedialog des Bundesinnenministeriums in Stendal über Strategien und Fördermaßnahmen für Städte und Gemeinden gesprochen. Für die Regionen gebe es nicht das eine „richtige Rezept“, betont sie, wenn es beispielsweise um den Umgang mit Leerstand geht.

Redaktion Demografieportal: Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung ist es, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Der demografische Wandel ist dabei eine Herausforderung. Wie sorgt der Bund dafür, dass Städte und Gemeinden, die besonders von Abwanderung betroffen sind, lebenswert bleiben?

Bohle: Der Bund möchte die Städte und Gemeinden bestmöglich bei der Anpassung an den demographischen Wandel unterstützen. Wer sich an seinem Wohnort wohlfühlt, findet dort Heimat und ist Teil der Gesellschaft. Für uns hat deshalb die Förderung der Städte eine große wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung.

Redaktion Demografieportal: Wie sieht diese Förderung genau aus?

Bohle: Wir unterstützen die Städte und Gemeinden mit den Programmen der Städtebauförderung, allein für diese Aufgabe stellt der Bund im Jahr 2019 den Ländern 790 Millionen zur Verfügung. Davon profitieren besonders unsere kleinen und mittleren Städte, sie erhalten zusammen mehr als 70 Prozent der Bundesmittel. Damit können die Städte und Gemeinden wichtige Investitionen tätigen, damit sie als lebenswerte Orte für Wohnen, Kultur und Arbeit erhalten und erneuert werden.

Redaktion Demografieportal: Wie können Städte und Gemeinden ihre Infrastrukturangebote an den demografischen Wandel anpassen?

Bohle: Das ist eine schwierige Aufgabe für die betroffenen Städte und Gemeinden, dennoch wurden bereits vielerorts gute Ideen und Lösungen entwickelt. Die Städtebauförderung hilft dabei, Infrastruktureinrichtungen an den Bedarf anzupassen oder die Umnutzung von Gebäuden voranzubringen. So kann beispielsweise aus einem verlassenen Bahnhof eine Bibliothek und aus einer alten Fabrik ein Kulturzentrum oder eine Verwaltungseinrichtung werden.

Der Umbau der Städte bietet auch Chancen für neue Qualitäten und für die bessere Einbeziehung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Wichtig finde ich, dass auch junge Menschen in Entscheidungen einbezogen werden. Dies ist gerade für Städte und Gemeinden wichtig, aus denen viele junge Menschen wegziehen.

Redaktion Demografieportal: Gibt es weitere Strategien und Maßnahmen?

Bohle: Die Verlagerung von Bildungs-, Verwaltungs- und Versorgungseinrichtungen, wie zum Beispiel Schulen in die Innenstädte und Ortskerne sorgt für mehr Publikumsverkehr und trägt damit erheblich zur Belebung eines Ortes bei. Auch dabei unterstützt die Städtebauförderung. So können Innenstädte und Ortskerne gestärkt und gleichzeitig die Daseinsvorsorge gesichert werden.

Redaktion Demografieportal: In strukturschwachen Regionen stehen vielerorts Gebäude und Wohnungen leer. Welche Strategien für den Umgang mit Leerstand haben sich bewährt?

Bohle: Es gibt ganz unterschiedliche Strategien für den Umgang mit Leerstand und sie müssen die Situation vor Ort berücksichtigen, deshalb gibt es nicht das eine „richtige Rezept“. Wir unterstützen die Städte und Gemeinden mit den Programmen der Städtebauförderung dabei, Lösungen zu finden und diese umzusetzen. So helfen wir beim Erhalt und der Aktivierung leer stehender Altbauten in Innenstädten oder in historischen Stadt- und Ortkernen.

Andere Strategien gibt es beispielsweise für Wohnsiedlungen am Stadtrand, die ein schlechtes Image haben. Hier können etwa Aufwertungsmaßnahmen und der bedarfsgerechte Umbau der Siedlung einschließlich von Angeboten für altersgerechtes Wohnen zu einer stabileren Nachfrage führen. Gerade für strukturschwache Städte, die Einwohner verlieren, ist die Entwicklung zukunftsfähiger Standorte und nachfragegerechter Wohnungen besonders wichtig.

Redaktion Demografieportal: Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Städtebauförderung zu flexibilisieren und zu entbürokratisieren. Welche Vorschläge gibt es dazu?

Bohle: Wir wollen die Städtebauförderung so ausgestalten, dass sie die anstehenden Zukunftsaufgaben anpacken kann. Dazu haben wir uns mit den Ländern und Verbänden intensiv abgestimmt und eine neue Struktur entwickelt, welche die bisherigen Förderinhalte bündelt und konzentriert. Es ist geplant, die bisher bestehenden sechs Programme in drei Programmen zu bündeln.

Redaktion Demografieportal: Wie wirkt sich dies auf die Förderinhalte aus?

Bohle: Die Förderinhalte bleiben bestehen. Es ist uns wichtig, dass damit keine Förderbeschränkungen einhergehen, es ist eher umgekehrt: die Förderung soll an manchen Stellen weitere Entlastung für die Städte und Gemeinden bringen, zum Beispiel durch erhöhte Bundesanteile bei bestimmten Förderungen. Dazu gehört auch die Unterstützung von Kommunen in Haushaltsnot durch die Reduzierung des kommunalen Eigenanteils auf 10 Prozent. Bei der Weiterentwicklung der Städtebauförderung haben wir die Stärkung interkommunaler Kooperationen und ländlicher Räume fest im Blick.

Redaktion Demografieportal: Wie sieht das konkret für das Programm Stadtumbau aus, dass sich bisher besonders mit dem demografischen Wandel auseinandergesetzt hat und spezielle Sonderkonditionen für die neuen Länder beinhaltet?

Bohle: Ohne Frage hat das Programm Stadtumbau in besonderem Maße Städte und Gemeinden bei der Bewältigung des strukturellen und demografischen Wandels unterstützt. Und hier setzen wir an: Die Förderinhalte des Programms Stadtumbau gehen vollständig im neuen Programm Wachstum und nachhaltige Erneuerung auf: Die bisherige Förderung wird ohne Abstriche fortgeführt, auch zu den bisherigen Sonderkonditionen für die neuen Länder.

Redaktion Demografieportal: Um welche Maßnahmen handelt es sich bei den Sonderkonditionen für die neuen Länder konkret?

Bohle: Dazu gehört insbesondere die Förderung der Sanierung und Sicherung von Altbauten ohne kommunalen Eigenanteil, die wir fortführen. Dieses Instrument ist wichtig, um wertvolle leer stehende Altbauten zu erhalten. In den Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt befinden sich über 50 Prozent des Wohnungsbestands in Altbauten und liegen damit erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 26 Prozent. Deshalb wird dieses Instrument dort intensiv eingesetzt. Uns ist wichtig, dass dies auch zukünftig möglich ist.

Redaktion Demografieportal: Ist der Abriss von Wohnungen vor dem Hintergrund des oft zitierten Wohnungsmangels noch zeitgemäß?

Bohle: Ja, wenn der Leerstand sehr hoch ist und langfristig die Nachfrage nach Wohnungen in der Stadt und im Stadtteil fehlt, ist auch der Rückbau von Wohnungen eine Lösung und kann Positives bewirken.

In vielen Regionen der neuen Länder bestehen weiterhin strukturelle Leerstände, dort würde der Leerstand ohne Abriss noch weiter steigen. Deshalb werden wir auch im neuen Programm Wachstum und nachhaltige Erneuerung den Rückbau leer stehender Wohnungen in den neuen Ländern ohne kommunalen Eigenanteil fördern.

Das neue Programm Wachstum und nachhaltige Erneuerung umfasst damit alle bisherigen Förderinhalte im Stadtumbau und geht noch darüber hinaus.

Redaktion Demografieportal: Auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat sich mit der Städtebaubauförderung und der Wohnraumförderung beschäftigt. Welche Vorschläge hat sie gemacht?

Bohle: Im Juli 2019 hat die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ihren Bericht vorgelegt. Eine konkrete Maßnahme des Bundes befasst sich mit der Intensivierung der Städtebauförderung und der stärkeren Beteiligung des Bundes am sozialen Wohnungsbau. Ziel ist, sozial ausgewogene Wohnverhältnisse auch in strukturschwachen Regionen besser zu ermöglichen. Der Bund unterstützt den sozialen Wohnungsbau in den Jahren 2020 und 2021 mit Finanzhilfen in Höhe von jeweils 1 Milliarde Euro. Es wird angestrebt, dieses Engagement des Bundes in der kommenden Legislaturperiode fortzusetzen.

Redaktion Demografieportal: Der nächste Demografiedialog des Bundesinnenministeriums findet im Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt statt. Wie kann das Format Kommunen unterstützen?

Bohle: Die Reihe der Demografiedialoge ist eines der neuen Formate in dieser Legislaturperiode, mit denen wir im Bundesinnenministerium die Umsetzung der Demografiestrategie in der Fläche voran bringen. Es geht insbesondere darum, übertragbare Ansätze zur Stärkung der Regionen sichtbar zu machen. Dabei gehen wir ganz gezielt auf die Herausforderungen vor Ort ein. Beim ersten Demografiedialog im oberpfälzischen Cham ginge es um Mobilität im ländlichen Raum.

Redaktion Demografieportal: Vor welchem Hintergrund findet der Demografiedialog in Stendal statt?

Bohle: Die Bevölkerung im Landkreis Stendal ist deutlich zurückgegangen. Deshalb stellt sich weiterhin die Frage, wie leer stehende Gebäude um- oder rückgebaut werden können und wie die Menschen im Landkreis zukünftig wohnen wollen. Um diese Fragen geht es am 29. Oktober in Stendal. Gemeinsam mit lokalen Akteuren, Vertreterinnen und Vertretern des Bundes und der Wissenschaft sollen neue Denkanstöße entwickelt werden. Wir werden die Städte und Gemeinden auch zukünftig bei der Bewältigung des Strukturwandels und des demografischen Wandels unterstützen!

© 2020
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Internet: www.bmi.bund.de

Erschienen im Februar 2020

Bildnachweis Titelbild: © Per Nebelung